

Gastkolumne zu den Prozessen von Schweizer Geldinstituten im Ausland

Rechtsprobleme und Risiken von Banken

Vermutlich haben Sie darüber gelesen oder davon gehört. Die UBS führt seit fast einem Jahrzehnt einen Steuerprozess gegen den Staat Frankreich, für «Altlasten» (2004–2012). Französische Gerichte legten ehemals den durch die Bank zu bezahlenden Betrag auf 4,5 Milliarden Euro (2019) und später auf 1,8 Milliarden Euro (2021) fest, bestehend aus einer Busse, einer Kautionszahlung, einer Schadenersatzzahlung und Zinsen. Der Kassationshof in Paris hob dieses Urteil vor einigen Tagen teilweise auf, wobei in etwa zwei Jahren feststehen dürfte, wie hoch die Zahlung – wenn überhaupt – tatsächlich ausfallen wird.

Der sicherlich bekannteste «Steuerstreit» von Schweizer Banken fand mit den USA statt. Die UBS bezahlte 780 Millionen Dollar (2009) und die Credit Suisse etwa 2,5 Milliarden Dollar (2014). Zahlreiche schweizerische Bankinstitute nahmen in der Folge an einem «Bankenprogramm» teil, das für die USA – sowie zahlreiche Rechtsanwältinnen – lukrativ und für die Banken teuer war. Schlussendlich führte dies zum Ende des fiskalischen Bankkundengeheimnisses, weil die Behörden den Kopf verloren und Bankkundendaten in die USA auslieferten.

Schweizerische Bankinstitute haben seit langer Zeit immer wieder juristische Probleme im Ausland, nicht allein mit Staaten. Noch verbreiteter sind Schäden im Zusammenhang mit den eigenen Bankkunden. Die kürzlich zwangsfusionierte Credit Suisse hatte eine Vielzahl solcher privaten Risiken und Rechtsprobleme, die ihren Untergang im Ergebnis sogar beschleunigten. Ihnen dürften Stichworte dazu aus den Medien bekannt sein: «Arche-gos», «Greensill», «Tuna

«Die Compliance Officer haben wohl den sichersten Job bei den Banken.»

Bonds», «Iwanischwili» etc. Die zentrale Konstante liegt darin, dass die Banken jeweils Milliardenbussen oder Milliarden Schadenersatz bezahlen. Etwas zynisch könnte festgehalten werden, dass solche Prozesse mit ausländischen Staaten und ebenso mit Privaten heutzutage zum guten (oder schlechten) Ruf jeder Bank schlicht dazugehören. Es handelt sich nicht um ein Problem der Schweizer Bankinstitute allein. Doch haben Sie sich auch schon einmal gefragt, warum solche Risiken und Rechtsprobleme gerade bei Banken gehäuft auftreten? Ich denke, dass es insbesondere drei Gründe dafür gibt:

Die Bankinstitute nehmen – erstens – eine staatlich kontrollierte Geschäftstätigkeit wahr. In der Schweiz die Finanzmarktaufsichtsbehörde Finma und im Ausland weitere Behörden beaufsichtigen die Banken, wobei die Integrität der Finanzplätze einerseits sowie der Kundenschutz andererseits im Vordergrund der behördlichen Aufsichten stehen. Die entsprechenden Regulierungen nehmen – zweitens – laufend zu (etwa in den Bereichen «Geldwäscherei»

oder jüngst «Nachhaltigkeit»). Es wächst nicht allein die Zahl von Gesetzen, Verordnungen und Rundschreiben, sondern die Regulierungen werden immer komplizierter.

Gerade die Geschäftstätigkeiten im Ausland erweisen sich – drittens – als risikoreich. Wenn ein Bankinstitut grenzüberschreitend tätig wird, müssen selbstverständlich neben den schweizerischen zusätzlich die ausländischen Regulierungen genauestens beachtet werden. Es stellte schon früher und auch heute nach wie vor keine überzeugende juristische Verteidigung dar, nur schweizerische Gesetze einzuhalten. Beispielsweise reichte die Beachtung des schweizerischen Bankkundengeheimnisses nie aus, um ausländische Sanktionen abzuwehren.

Zu verantworten haben die finanziellen und strafrechtlichen Risiken und Rechtsprobleme in erster Linie die Manager und Verwaltungsräte. Doch die Bankinstitute müssen interne Kontrollmechanismen einführen, die sogenannte Legal Compliance (in etwa: Rechtskontrolle). Die «Compliance Officer», also interne Bankjuristen, haben zu überwachen und sicherzustellen, dass die Gesetze in der Schweiz, aber ebenfalls im Ausland genau eingehalten werden. Ich sage deshalb für die Zukunft voraus: Die «Compliance Officer» haben momentan und künftig den wohl sichersten Job bei den schweizerischen Banken.



Peter V. Kunz ist Rechtsprofessor an der Uni Bern

Kommentar

28 Fasane

In Rothrist fiel der Polizei ein Auto aus Slowenien auf. Im Auto sass drei Ägypter und 28 lebende Fasane. Bei der Kontrolle erkannten die Polizisten sofort, dass keiner der Fasane selber am Steuer sass. Aber sie waren alle nicht regelkonform angegurtert und, was noch schwerer wiegt: Kein einziger Fasan trug ein Gesundheitszeugnis auf sich. Und ohne Gesundheitszeugnis dürfen Fasane nicht in die Schweiz. Da sind wir konsequent.

Um den Fall zu klären, hat die Kantonspolizei Aargau den kantonalen Veterinärdienst, das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen sowie das Bundesamt für Zoll

und Grenzsicherheit beigezogen. Inzwischen hat das Bundesamt Zoll die weiteren Ermittlungen übernommen und eine Strafuntersuchung eingeleitet. Bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung gilt selbstverständlich auch für Fasane die Unschuldsumutung.

Besonders beschäftigt uns aber die Frage: Was wollen 28 ausländische Fasane in Rothrist? Natürlich gibt es Gerüchte: eine Betriebsbesichtigung bei Rivella. Oder die Teilnahme an einer ursprünglich geplanten Ständeratsfeier als kulinarische Überraschungsgäste. Aber das ist alles Blödsinn. Fest steht, dass sich die Vernehmung der Fasane als äusserst anspruchs-

voll erwiesen hat. Zumal einige inzwischen gestorben sind. Eine leise Beunruhigung bleibt. Vielleicht sind die 28 Fasane von Rothrist erst der Anfang. Wir sollten wachsam bleiben. Ich jedenfalls werde ab sofort vermehrt darauf achten, ob ich in Autos mit ausländischen Kennzeichen irgendwelche Fasane erkenne.



Jörg Meier joerg.meier@chmedia.ch

FDP hadert mit c

Nach dem enttäuschenden Wahlausgang für den Ständerat hinterfragen die Freisinnigen ihre Wahlallianz mit der SVP.

Christoph Bernet, Benjamin Rosch

Am 21. Juni dieses Jahres fasst die FDP des Kantons Zürich einen Grundsatzentscheid: Ja, man wolle mit der SVP eine Listenverbindung eingehen. Laut Protokoll gab es eine «engagierte Diskussion», die über den Sommer via Medien fortgesetzt wird. Das Resultat fällt knappestmöglich aus: 82 Delegierte wollen die Zusammenarbeit mit der SVP, 81 sind dagegen. Ein wesentliches Argument der Befürworter: die gegenseitige Unterstützung beider Parteien im Ständeratswahlkampf.

Im Prinzip verliert diese Aussage bereits am 23. Oktober wesentlich an Wert. Auf Druck der Zürcher Wirtschaftsverbände, die mehr Chancen im SVP-Mann Gregor Rutz zu erkennen glauben, zieht die FDP zwei Tage nach den Wahlen ihre Kandidatin Regine Sauter für den zweiten Wahlgang zurück. Nach 40 Jahren ununterbrochener Präsenz in der kleinen Kammer gibt der einst stolze Zürcher Freisinn seinen Ständeratssitz kampfflos auf.

Nach dem vergangenen Wochenende fällt die Rechnung nochmals ein bisschen schlechter aus. Nicht nur in Zürich wird SVP-Mann Rutz, der GLP-Kandidatin Tiana Moser unterliegt, abgehängt. Auch in Solothurn und Schaffhausen bringt die Wasserträger-Rolle der FDP zugunsten der SVP beziehungsweise dem in der SVP-Fraktion politisierenden Thomas Minder keinen zählbaren Erfolg. In beiden Kantonen obsiegt die SP. Die FDP hat im National- und im Ständerat je einen Sitz verloren, ist in beiden Kammern schwächer als die Mitte. Mit 14,3 Prozent Wähleranteil bei den Nationalratswahlen fährt die FDP ihr historisch schlechtestes Resultat ein.

Die magere Bilanz ist besonders deshalb bitter, weil die Zusammenarbeit zu keinem Zeitpunkt besonders harmonisch schien. Mal sorgten Corona-Aufständische im Beiboot der SVP für Wellen, mal sauste der FDP die SVP-Kampfrhetorik um die Ohren. Und immer wieder tauchte in sozialen Netzwerken ein altes SVP-Plakat auf, das (auch) die FDP als Made im Apfel zeigt. Die Rolle als Juniorpartnerin der SVP: Die Staatsgründerpartei FDP haderte schon immer damit.

FDP-Urgestein Fluri empfiehlt «eigenständige liberale Politik»

Spätestens seit diesem Sonntag fühlen sich all jene bestätigt, die der Zusammenarbeit mit der SVP schon immer kritisch gegenüberstanden sind. Dazu gehört Kurt Fluri. Das Solothurner Polit-Urgestein tritt heuer nach 20 Jahren aus dem Nationalrat zurück. Fluri kennt die freisinnigen Diskussionen über eine Zusammenarbeit mit der SVP seit deren kometenhaftem Aufstieg zur wählerstärksten Partei unter der Führung Christoph Blochers in den Neunzigern und Nullern: «Wir drehen uns im Kreis», sagt der 68-Jährige.

Die Debatte basiere auf einer komplett falschen Vorstellung, nämlich die von fixen, inhaltlich kohärenten politischen Lagern über die Parteigrenzen hinweg: «Wir müssen die Illusion eines bürgerlichen Blocks begraben.» Einen bürgerlichen Schulterschluss über alle Themen hinweg habe es in Bern nie gegeben und werde es auch in Zukunft

nicht geben. Die FDP müsse von Frage zu Frage um Mehrheiten ringen. Dies könne fallweise mit der SVP geschehen, fallweise mit Mitte-links. Mit flächendeckenden Listenverbindungen und der Unterstützung von SVP-Kandidierenden riskiere man, das Image einer unliberalen Gesellschaftspolitik aufgedrückt zu bekommen. Für Fluri ist klar: «Wir müssen in allen Politikfeldern eine eigenständige und selbstbewusste liberale Politik machen.» Dafür gebe es weiterhin ein Wählerpotenzial, das deutlich über dem Ergebnis der FDP liege. Er empfiehlt der FDP Schweiz und ihren Kantonalparteien nach dem schlechten Wahlergebnis «eine schonungslose Analyse».

Selbstverständlich werde man die Wahlergebnisse auswerten und daraus Schlüsse ziehen, sagt Arnaud Bonvin, Sprecher der FDP Schweiz. Auch der Umgang mit der SVP werde Teil der Analyse der FDP Schweiz sein, so Bonvin, auch wenn der Entscheid über Nationalratslistenverbindungen und Wahlallianzen für den Ständerat bei den Kantonalparteien liege. Dies will FDP-Präsident Thierry Burkart ändern. Bei den Fragen zu den Ständeratskandidaturen und Listenverbindungen brauche es mehr Mitsprache der Zentrale, sagte Burkart vor drei Wochen zur «Schweiz am Wochenende».

Zürcher Delegiertenversammlung mit Sprengkraft

Im grössten Kanton trifft sich die FDP am heutigen Dienstag zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung. Fünf Monate nach dem haarscharfen Entscheid für eine Listenverbindung mit der SVP und einen Monat nach dem enttäuschenden Wahlausgang wählt die FDP Zürich ein neues Präsidium. Gut möglich, dass die SVP-Frage bereits im Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl auftaucht.

Falls nicht, dann spätestens bei der Diskussion über die Anträge der Delegierten. FDP-Mitglied Peter Metzinger aus Dietikon will die Zusammenarbeit der Kantonalpartei in Zukunft entlang einiger rechtsstaatlicher Grundsätze definieren. Die Formulierungen sind schwammig, doch die Absicht klar: Ein Zusammengehen mit der SVP soll mindestens ersichert werden.

Weniger kategorisch äussert sich Doris Fiala, abtretende Nationalrätin und langjährige Kantonalparteipräsidentin. Sie kann der Listenverbindung mit der SVP durchaus auch Positives abgewinnen – «ohne sie hätte die FDP einen ihrer fünf Nationalratssitze eingebüsst». Dennoch will Fiala für die Zukunft Lehren ziehen aus der aktuellen Diskussion. «Eine Listenverbindung mit der SVP ist von höherer Symbolkraft als die reine Wahlarithmetik. Sie bedeutet einen Image-Transfer.» Fiala fordert deshalb eine Zweidrittelmehrheit für solche Entscheide.

Der nationale Parteichef Thierry Burkart war für diese Redaktion am Montag nicht erreichbar. Burkart, der sich vor den Wahlen mangels Alternativen für flächendeckende Listenverbindungen mit der SVP ausgesprochen hatte, zog gegenüber Radio SRF ein erstes Fazit: «Im Zweifelsfall sollten wir bei Ständeratswahlen selber antreten.» Es ist ein Satz, der auch in Zürich nachhallen wird.